

AHV-Revision: Chance oder Risiko?

Der Bericht und Antrag zur AHV-Reform wurde am 29. September von der Regierung genehmigt.

Die «Liewo» fragte die Landtagsparteien, was sie davon halten.

von Michael Winkler

→ Mit Spannung wurde die AHV-Revision erwartet, nun liegt die Vorlage von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini auf dem Tisch. Ein breiter Konsens besteht darin, dass die AHV langfristig so nicht weiterbewirtschaftet werden kann. Denn das System krankt vor allem daran, dass heute mehr AHV-Renten bezogen werden, als die Menschen in die Kasse einbezahlen. So werden die Reserven nach und nach schrumpfen, wenn nicht gegengesteuert wird. Die Kernpunkte

der Reform umfassen eine Rentenaltererhöhung auf 65 Jahre und die Ausweitung der Beitragspflichten – das heisst, man wird früher zum Einzahlen gezwungen. So weit, so gut. Die Hauptkritikpunkte an der Reform sind aber die Aussetzung des Teuerungsausgleichs und die Senkung des Staatsbeitrags von 50 auf 20 Millionen Franken. Die Kritiker fürchten – neben KVG-Reform und weiteren Sparmassnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts – weitere Belastungen für den Mittelstand und fordern mehr Solidarität ein.



FOTO: ARCHIV

«Frühzeitiges Anpacken wichtig»

→ Die Revision der AHV ist weder Chance noch Risiko – sie ist ganz einfach notwendig. Daran führt meiner Meinung nach kein Weg vorbei. Die zentrale Frage ist, wann wir uns der Herausforderung stellen werden. Die Debatte bezüglich Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) hat gezeigt, wie weit wir kommen können, wenn wir notwendige Reformen aus politischen oder anderweitig taktischen Gründen verschleppen. Und dies, obwohl für jeden eigentlich klar ist, dass etwas getan werden muss.

Der Gesellschaftsminister hätte es sich natürlich auch einfach machen und die aktuelle Legislatur mit ein paar Arbeitsgruppen und runden Tischen vorbeiziehen lassen können. Mauro Pedrazzini hat aber einen anderen Weg gewählt und dabei erkannt, dass die Zeit genutzt werden muss, da die in Zukunft zu treffenden Massnahmen wesentlich härter ausfallen müssten als die aktuell vorgeschlagenen. Insofern erachte ich das frühzeitige Anpacken als einen richtigen und wichtigen Schritt. Die Sicherung dieses wichtigen Sozialwerks soll auch für unsere Enkel tauglich gemacht werden.

«Vertiefung statt Eiltempo»

→ Die AHV ist kerngesund. Es ist aber heute schon so, dass die laufenden AHV-Beiträge allein die laufenden AHV-Renten nicht decken. Es besteht das konkrete Risiko, dass das Vermögen der AHV sukzessive aufgebraucht wird. Es ist auch richtig und wichtig und eine Chance, dass das Thema frühzeitig angegangen wird. Die VU ist aber der Ansicht, dass diese Reform jetzt nicht im Eiltempo übers Knie gebrochen werden muss. Es bleibt wirklich noch Zeit, an eine vertiefte Betrachtung heranzugehen. Die VU hat die Regierungsvorlage in einer Arbeitsgruppe bearbeitet und Vorschläge eingebracht. Für die VU ist die Streichung des Weihnachtsgeldes kein Thema. Der Gesundheitsminister und die FBP haben nun einen neuen Vorschlag eingebracht, der vorsieht, dass «nur» die halbe Rente «weginflationiert» werden soll, d. h., dass es keinen Teuerungsausgleich mehr gibt, bis die Teuerung die 4-Prozent-Marke übersprungen hat (eine ganze 13. Rente beträgt 8,33 Prozent). Die FBP möchte ausserdem den Staatsbeitrag von derzeit über 50 Millionen auf neu 20 Millionen senken. Die VU hat einen Vorschlag eingebracht, wonach sich der Staatsbeitrag je nach Ertragsituation der AHV um die 30 Millionen herum bewegen soll. Wenn man der Vorlage etwas mehr Zeit gibt, können diese Vorschläge vertieft angeschaut und nach Kompromissen gesucht werden. Nutzen wir die Chance, dass wir noch Zeit für vertiefte Abklärungen haben.

«Mittelstand wird weiter belastet»

→ Die Revision der AHV ist notwendig, um die Grundversicherung für das Alter auch für die Enkel der Pensionäre von heute in ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Wir haben jetzt die Chance, die AHV durch einige geringfügige Anpassungen für die Zukunft fit zu machen. Es besteht aber auch das Risiko, dass die Koalitionsparteien die Revision der AHV für die Sanierung des Staatshaushalts missbrauchen werden. So soll unter anderem der Staatsbeitrag von heute 52 auf 20 Millionen Franken gesenkt werden. Weiter will die Regierung die Renten um 4 Prozent kürzen. Wenn die Regierung behauptet, das Weihnachtsgeld bleibe unangetastet, dann führt sie die Bevölkerung an der Nase herum. Sie schlägt vor, die Leistungen im Umfang von rund einem halben Weihnachtsgeld zu kürzen. Es werden lediglich weiterhin 13 Auszahlungen erfolgen.

Wie bei der KVG-Vorlage wird sich die Freie Liste gegen weitere Belastungen für den Mittelstand wehren und für Solidarität einsetzen. Kürzungen bei der Grundversorgung im Alter gehen mit der Freien Liste nicht.

«Rezept eine Mogelpackung»

→ Unsere AHV ist gleich aufgebaut wie die AHV der Schweiz und wurde bisher auch gleich finanziert, d. h., ca. 20 Prozent der jährlichen Ausgaben werden jeweils durch Steuergelder bezahlt. Während die Schweiz auch in Zukunft an diesem Finanzierungssystem festhalten wird und eine neuerliche MwSt.-Erhöhung von 1 Prozent für die AHV-Sanierung vorsieht, soll in Liechtenstein der Staatsbeitrag stark gekürzt und zukünftig fix CHF 20 Millionen sein (dieser Betrag verringert sich dann mit der Zeit durch Inflation!). Was wird mit den zusätzlichen Einnahmen aus der 1-prozentigen MwSt.-Erhöhung passieren? Antwort: Das Gleiche wie im Jahre 1999. Damals beschloss die Schweiz eine MwSt.-Erhöhung um 1 Prozent zur Finanzierung der schweizerischen AHV. Bei uns wurden die zusätzlichen Einnahmen aus der damaligen MwSt.-Erhöhung nicht zweckgebunden, flossen in die Staatskasse und wurden für die Aufblähung des Staatsapparats gebraucht. Nun soll sich das Spiel wiederholen. Das Rezept der Regierung ist eine Mogelpackung: Staatsbeitrag um CHF 30 bis 40 Millionen kürzen und die AHV entsprechend belasten. In der AHV wird die Belastung (= Loch) wegen der hohen Reserven nicht gleich sichtbar. 1 Prozent MwSt. (= 20 Millionen) in die Staatskasse fliessen lassen, und der Staatshaushalt ist saniert! Tolle Leistung!